

DIE WAHLEN 2020 & DIE MENSCHENRECHTSLAGE IN BELARUS

(Stand 03/2026)

Im Kontext der Präsidentschaftswahl am 9. August 2020 und im Wahlkampf zuvor **inhaftierten die belarusischen Behörden Tausende Menschen**, weil sie sich an Protesten gegen Präsident Alexander Lukaschenko beteiligten. Anfang Juli 2021 sprach der UN-Menschenrechtsrat von über 35.000 Festgenommenen. **Mindestens drei friedlich Protestierende wurden durch Polizeigewalt getötet. Es liegen Berichte über Misshandlungen und massive Folter vor.**

Infolge der Niederschlagung der Proteste wurde die Zivilgesellschaft im Land praktisch mundtot gemacht. Hunderte von Demonstrant*innen wurden strafrechtlich verfolgt. Aktivist*innen mussten das Land verlassen oder riskierten, für ihre legitime zivilgesellschaftliche, journalistische oder menschenrechtliche Tätigkeit inhaftiert zu werden.

Auch über fünf Jahre nach den Protesten befinden sich noch **über 900 Personen aufgrund politisch motivierter Anklagen in Haft**. Zwischenzeitlich wurden mehrfach Gruppen von Inhaftierten, darunter auch bekannte Oppositionelle und Menschenrechtsverteidiger*innen wie Maryia Kalesnikava oder Ales Bialiatski, aus der Haft entlassen und zum Teil faktisch ins Exil im Ausland gezwungen. Amnesty International begrüßt die **lange überfälligen Freilassungen**. Die Inhaftierten hätten jedoch keinen Tag in Haft verbringen dürfen.

Die **Haftbedingungen** in Belarus sind für Personen, die aus politischen Motiven inhaftiert wurden, besonders hart. Mehreren öffentlich bekannten Inhaftierten wird der Kontakt zur Außenwelt verwehrt. Sie werden häufig für längere Zeit in Strafzellen untergebracht und erhalten keine angemessene medizinische Versorgung. **Zwischen 2021 und Ende 2024 starben mindestens sieben Betroffene politisch motivierter Strafverfolgung in belarusischer Haft**. Sie litten teils unter Vorerkrankungen, die den Behörden bekannt waren.

DIE WAHLEN 2020 & DIE MENSCHENRECHTSLAGE IN BELARUS

(Stand 03/2026)

Im Kontext der Präsidentschaftswahl am 9. August 2020 und im Wahlkampf zuvor **inhaftierten die belarusischen Behörden Tausende Menschen**, weil sie sich an Protesten gegen Präsident Alexander Lukaschenko beteiligten. Anfang Juli 2021 sprach der UN-Menschenrechtsrat von über 35.000 Festgenommenen. **Mindestens drei friedlich Protestierende wurden durch Polizeigewalt getötet. Es liegen Berichte über Misshandlungen und massive Folter vor.**

Infolge der Niederschlagung der Proteste wurde die Zivilgesellschaft im Land praktisch mundtot gemacht. Hunderte von Demonstrant*innen wurden strafrechtlich verfolgt. Aktivist*innen mussten das Land verlassen oder riskierten, für ihre legitime zivilgesellschaftliche, journalistische oder menschenrechtliche Tätigkeit inhaftiert zu werden.

Auch über fünf Jahre nach den Protesten befinden sich noch **über 900 Personen aufgrund politisch motivierter Anklagen in Haft**. Zwischenzeitlich wurden mehrfach Gruppen von Inhaftierten, darunter auch bekannte Oppositionelle und Menschenrechtsverteidiger*innen wie Maryia Kalesnikava oder Ales Bialiatski, aus der Haft entlassen und zum Teil faktisch ins Exil im Ausland gezwungen. Amnesty International begrüßt die **lange überfälligen Freilassungen**. Die Inhaftierten hätten jedoch keinen Tag in Haft verbringen dürfen.

Die **Haftbedingungen** in Belarus sind für Personen, die aus politischen Motiven inhaftiert wurden, besonders hart. Mehreren öffentlich bekannten Inhaftierten wird der Kontakt zur Außenwelt verwehrt. Sie werden häufig für längere Zeit in Strafzellen untergebracht und erhalten keine angemessene medizinische Versorgung. **Zwischen 2021 und Ende 2024 starben mindestens sieben Betroffene politisch motivierter Strafverfolgung in belarusischer Haft**. Sie litten teils unter Vorerkrankungen, die den Behörden bekannt waren.

AMNESTY INTERNATIONAL FORDERT,

- dass alle Personen umgehend freigelassen werden, die allein aufgrund der friedlichen Wahrnehmung ihrer Rechte inhaftiert wurden,
- dass die strafrechtliche Verfolgung von Mitgliedern des Menschenrechtszentrums Viasna und anderer zivilgesellschaftlicher Aktivist*innen eingestellt wird,
- dass die Inhaftierten angemessen medizinisch versorgt werden, ihre Haftbedingungen im Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards stehen und sie Kontakt zu ihren Anwält*innen und Familien erhalten,
- dass alle Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen und -verstöße zur Rechenschaft gezogen werden,
- die Achtung der Meinungs-, Versammlungs-, Vereinigungs- und Pressefreiheit in Belarus!

Mehr Infos und Möglichkeiten aktiv zu werden unter:

Kogruppe Belarus und Ukraine
Amnesty International Deutschland

www.amnesty-belarus-ukraine.de

X: [@BelarusDe](https://twitter.com/BelarusDe)

Instagram: [amnesty_belarus_ukraine](https://www.instagram.com/amnesty_belarus_ukraine)

AMNESTY
INTERNATIONAL



AMNESTY INTERNATIONAL FORDERT,

- dass alle Personen umgehend freigelassen werden, die allein aufgrund der friedlichen Wahrnehmung ihrer Rechte inhaftiert wurden,
- dass die strafrechtliche Verfolgung von Mitgliedern des Menschenrechtszentrums Viasna und anderer zivilgesellschaftlicher Aktivist*innen eingestellt wird,
- dass die Inhaftierten angemessen medizinisch versorgt werden, ihre Haftbedingungen im Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards stehen und sie Kontakt zu ihren Anwält*innen und Familien erhalten,
- dass alle Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen und -verstöße zur Rechenschaft gezogen werden,
- die Achtung der Meinungs-, Versammlungs-, Vereinigungs- und Pressefreiheit in Belarus!

Mehr Infos und Möglichkeiten aktiv zu werden unter:

Kogruppe Belarus und Ukraine
Amnesty International Deutschland

www.amnesty-belarus-ukraine.de

X: [@BelarusDe](https://twitter.com/BelarusDe)

Instagram: [amnesty_belarus_ukraine](https://www.instagram.com/amnesty_belarus_ukraine)

AMNESTY
INTERNATIONAL

